	Vorlagen-Nr.: 2026/i 4 5 5
Vorlage für die Sitzung des Geschäftsführenden Parteivorstandes am:	21.03.2026
Art der Vorlage:	Beschlussvorlage [ ] Informationsvorlage [x]
Zum Tagesordnungspunkt:	TOP 5 Parteitag 2026
Einbringer_in:	GfPV
Die Vorlage wurde eingereicht am:	10.03.2026
Die Vorlage wurde verteilt am:	16.03.2026
Thema:	Nahost Antrag Parteitag 2026
Beschlussvorschlag:	
Erwartete öffentliche Wirkung	
Zusammenarbeit mit dem Jugendverband und ggf. Bündnispartner_innen	
Barrierefreiheit/Teilhabemöglichkeit für Menschen mit Behinderung	
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:	
Finanzielle Mittel / Kostenstelle:	
Die Vorlage wurde abgestimmt mit (falls entsprechend GO 4.4 und 4.5 erforderlich)	Bundesgeschäftsführer [ ] Bundesschatzmeister [ ]
Zur Behandlung der Vorlage sind einzuladen:	
Den Beschluss sollen erhalten:	
Begründung**:**	

Zeitplan

21.3. – Erste Debatte im PV, noch nicht mit Anträgen und Abstimmung, aber mit Entscheidungen zu Kernfragen
22.3.-7.4. – Überarbeitung nach Debatte im PV
10.4. – Versand an den PV für die Beratung am 17.-19. (da wir Freitag mit der Sitzung beginnen, enden die Fristen entsprechend früher)
14.4. – Einsendeschluss für Änderungsanträge aus/für PV (13 Uhr)
18.4. – PV Antragsdebatte, Abstimmungen und endgültiger Beschluss
7.5. Antragschluss für den BPT

Für gleiche Rechte im Nahen Osten – gegen jeden Rassismus und Antisemitismus

I. Einordnung

Die Linke hat auf ihrem Bundesparteitag 2024 in Halle einen Beschluss zur Situation in Israel und Palästina gefasst, der die Perspektiven der betroffenen Akteur*innen ernst nimmt, die asymmetrischen Machtverhältnisse benennt und an die Verantwortung aller regionalen und internationalen Akteure für eine politische Lösung appelliert. Dieser wegweisende Beschluss

erkennt das besondere historische Verhältnis Deutschlands zu Israel an und weitet diese Verantwortung ausdrücklich auch auf die Sicherheit, Selbstbestimmung und Würde der Palästinenser*innen aus. Seitdem hat sich die Situation weiter katastrophal entwickelt. Das Massaker der Hamas und verbündeter Milizen am 7. Oktober hatte die israelische Bevölkerung erschüttert und verängstigt, der ohnehin marginalisierten israelischen Friedensbewegung schweren Schaden zugefügt und zu einer weiteren Radikalisierung der jüdisch-israelischen Gesellschaft geführt. Die darauffolgenden militärischen Reaktionen der israelischen Regierung haben zu einer regionalen Eskalation geführt, deren Folgen bis heute anhalten. Der Gazastreifen ist in weiten Teilen zerstört, zehntausende Palästinenser*innen wurden getötet, die humanitäre Lage bleibt katastrophal. Internationale Menschenrechtsorganisationen und zahlreiche Völkerrechtler*innen sprechen angesichts der systematischen Zerstörung ziviler Infrastruktur, der massenhaften Tötung von Zivilist*innen, der Vertreibungsrhetorik führender israelischer Regierungsmitglieder und der Blockade humanitärer Hilfe von schwersten Völkerrechtsverbrechen bis hin zu einem Genozid. Auch wir in der Linken sind mehrheitlich davon überzeugt, dass die systematisch begangenen Verbrechen einen Völkermord darstellen. Zugleich sprechen wir uns klar dagegen aus, Menschen, die Zweifel daran haben, dass der juristische Tatbestand des Genozids erfüllt ist, fälschlicherweise zu unterstellen, sie würden damit die israelischen Kriegsverbrechen leugnen oder gar unterstützen. Wir begrüßen daher ausdrücklich die Untersuchung der Vorwürfe durch den Internationalen Gerichtshof und den Internationalen Strafgerichtshof. Inmitten dieser Zerstörung besteht die palästinensische Gesellschaft weiter. Menschen organisieren sich, dokumentieren, beharren auf ihre Existenz und ihrem Recht auf Selbstbestimmung.
Auch im Westjordanland verschärft sich die Lage dramatisch. Die eskalierende und tägliche Gewalt bewaffneter Siedler*innen, militärische Übergriffe der israelischen Armee, großflächige Vertreibungen palästinensischer Gemeinden und der fortgesetzte Siedlungsbau, insbesondere das Projekt E1, zerstören die letzten realen Voraussetzungen für einen souveränen und zusammenhängenden palästinensischen Staat. Dabei ist nicht erst, aber endgültig seit Juli 2024 auch juristisch klar, dass die Besatzung, Entrechtung und Vertreibung in Palästina durch Israel eindeutig völkerrechtswidrig ist und Israel dazu nach internationalem Recht verpflichtet ist, die völkerrechtswidrig besetzten Gebiete zu Räumen und endlich palästinensische Selbstbestimmung zuzulassen.[1] Gleichzeitig kommt es zu bewaffneten Angriffen palästinensischer Akteure auf israelische Soldat*innen und Zivilist*innen, die wir unmissverständlich verurteilen.

Diese Entwicklungen sind eingebettet in eine israelische Regierungspolitik, die zunehmend autoritär, nationalistisch und offen expansionistisch agiert und sich dabei auf internationale Rückendeckung stützt. Die palästinensische Bevölkerung hingegen fordert seit Jahrzehnten das ein, was ihr völkerrechtlich zusteht: einen eigenen Staat, Selbstbestimmung, ein Ende der Besatzung. Diese Forderung ist keine Verhandlungsmasse, sie ist die politische Grundlage jeder ernsthaften Lösung. Die Friedensinitiativen der letzten Jahre, einschließlich Trumps sogenannten „Friedensplans“ von 2025, missachten das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen und verfestigen faktisch eine völkerrechtswidrige Ein-Staat-Realität, die von jüdisch-israelischer Vorherrschaft geprägt ist.
Die Politik der aktuellen aber auch einiger vorherigen Regierungen verändert auch die israelische Gesellschaft selbst: fortschreitende Militarisierung, systematischer Abbau

[1] https://www.icj-cij.org/node/204176

rechtsstaatlicher Institutionen etwa durch die Justizreform und wachsende internationale Isolation sind Ausdruck einer autoritären Entwicklung, vor der wir als Linke nicht die Augen verschließen dürfen. Gefährlich ist auch die schleichende Normalisierung von Besatzung und Gewalt innerhalb Israels.
Fast 80 Jahre nach der Staatsgründung Israels und nahezu 60 Jahre nach Beginn der völkerrechtswidrigen Besatzung ist die Perspektive eines gerechten Friedens weiter entfernt denn je. Der – allerdings brüchige – Waffenstillstand im Gazastreifen und die damit verbundene Freilassung aller israelischen Geiseln und größtenteils unrechtmäßig inhaftierten palästinensischen Gefangenen aus israelischen Gefängnissen sind demgegenüber Schritte, die wir begrüßen.

II. Linke Politik, innerparteiliche Verantwortung und Selbstverständigung

Die Debatte über Israel und Palästina ist für Die Linke keine außenpolitische Randfrage. Sie berührt zentrale Fragen unseres friedenspolitischen und emanzipatorischen Selbstverständnisses. Zugleich ist sie in der Gesellschaft wie in unserer Partei umstritten und von unterschiedlichen historischen, theoretischen und biografischen Zugängen geprägt.
In der Partei wird über den Zionismus als politische Ideologie, über die Charakterisierung des Konflikts als siedlungskolonial, über das Verhältnis von Antisemitismus und Antizionismus sowie über Formen legitimen politischen Widerstands kontrovers diskutiert. Diese Debatten sind notwendig. Sie dürfen jedoch weder in Relativierungen von Gewalt noch in gegenseitige Delegitimierung umschlagen.
Wir halten fest: Das Unrecht gegenüber den Palästinenser*innen begann nicht erst 1967 oder 2023, sondern spätestens 1948 mit der Nakba, der Flucht und Vertreibung hunderttausender Palästinenser*innen im Zuge der israelischen Staatsgründung und des darauffolgenden Angriffs der arabischen Nachbarstaaten. Diese historische Erfahrung ist zentral für das palästinensische Selbstverständnis und darf weder relativiert noch marginalisiert werden. Gegenwärtig leben Millionen palästinensische Geflüchtete in Flüchtlingslagern sowie in der ausländischen Diaspora. Ihnen wird bis heute der Zugang zu ihrem Heimatland verwehrt.
Gleichzeitig erkennen wir an, dass der Zionismus seit dem späten 19. Jahrhundert auch eine historische Reaktion auf jahrhundertelangen europäischen Antisemitismus war und für Jüdinnen und Juden zu dieser Zeit einen legitimen Wunsch nach Sicherheit und Selbstbestimmung ausdrückte. Palästina als historischer Bezugspunkt schien ihnen als Heimstatt geeignet, dies missachtete aber auf fatale Weise die Perspektive der indigenen arabischen Bevölkerung, auch wenn es in der zionistischen Bewegung stets Stimmen gegeben hat, die für eine friedliche Koexistenz eintraten. Für zahlreiche Jüdinnen und Juden war die Flucht nach Palästina dann in den 1930er und 1940er Jahren zudem die einzige Möglichkeit, dem nationalsozialistischen Vernichtungsantisemitismus zu entkommen. Nach der Staatsgründung wurde Israel auch zum Zufluchtsort für Jüdinnen und Juden, die etwa aus arabischen Ländern und Osteuropa vertrieben wurden. Diese Ambivalenz anzuerkennen, bedeutet weder, koloniale Elemente des Zionismus zu leugnen, noch heutige Unrechtsverhältnisse zu rechtfertigen.
Wir bekennen uns daher weiterhin unmissverständlich zum Selbstbestimmungsrecht von Jüdinnen und Juden im heutigen Staat Israel. Genauso unmissverständlich bekennen wir uns zum Selbstbestimmungsrecht von Palästinenser*innen in einem unabhängigen Staat Palästina. Dies schließt ausdrücklich das Existenzrecht Israels und das Existenzrecht Palästinas im Sinne einer integrativen Zweistaatenlösung ein.

Zugleich stellen wir fest, dass Israel der palästinensischen Bevölkerung in den völkerrechtswidrig besetzten Gebieten die politische und nationale Selbstbestimmung und grundlegende Menschenrechte vorenthält. Innerhalb Israels erleben Palästinenser*innen soziale und politische Diskriminierung, die bisher zumindest formale rechtliche Gleichstellung wird zunehmend in Frage gestellt. Die Lage zwischen Mittelmeer und Jordan ähnelt daher aktuell einer Ein-Staaten-Realität mit jüdisch-israelischer Vorherrschaft.
Aus dieser Analyse folgt für uns als Partei eine doppelte Verantwortung: gegen Antisemitismus in all seinen Formen sowie für den Schutz jüdischer Selbstbestimmung und gleichzeitig für die Rechte, die Sicherheit und die Selbstbestimmung der Palästinenser*innen sowie gegen anti-palästinensischen Rassismus einzustehen. Beides ist untrennbar miteinander verbunden.
Diese Verantwortung wahrzunehmen heißt für uns, solidarische und auf wechselseitige Anerkennung und Empathie ausgerichtete politische Lösungsvorschläge von lokalen Akteur*innen zu unterstützen, die demokratisch legitimiert sind und die sowohl für das Selbstbestimmungsrecht sowohl von Palästinenser*innen eintreten als auch das von Jüdinnen und Juden schützen. Wir berücksichtigen diese Perspektiven in unserer politischen Auseinandersetzung. Dabei orientieren wir uns an völkerrechtlichen Maßstäben, menschenrechtlichen Analysen sowie an den Erfahrungen und Perspektiven der Betroffenen selbst.
Wir verurteilen die Hamas als islamistische, antisemitische Organisation und lehnen ihre Gewalt entschieden ab. Zugleich wissen wir, dass militärische Unterdrückung, Besatzung und Entrechtung keine Sicherheit schaffen, sondern Gewalt reproduzieren. Unsere politischen Bezugspunkte sind jene zivilgesellschaftlichen, linken, gewaltfreien, feministischen und antikolonialen Kräfte in Israel und Palästina, die für Gleichberechtigung, ein Ende der Besatzung und eine gemeinsame Zukunft in Freiheit und Sicherheit aller Menschen in der Region eintreten.
Die innerparteilichen Fachgespräche der letzten Monate haben gezeigt, wie groß der Bedarf an politischer Klärung, an gegenseitigem Zuhören und an Schutz vor Diffamierung ist. Als Partei wollen wir diese Debatten solidarisch, kontrovers und respektvoll führen. Für Gewaltverherrlichung, Einschüchterung, antisemitische oder rassistische Positionen ist dabei kein Platz.
Gleichzeitig verteidigen wir all diejenigen, die sich für palästinensische Rechte, für einen Waffenstillstand und für einen gerechten Frieden engagieren und dabei Repression, Kriminalisierung oder Polizeigewalt erfahren. Friedlicher Protest, internationale Solidarität und auch Boykott- und Sanktionsaufrufe sind legitime Mittel politischer Auseinandersetzung, sofern sie wirksam und zielgerichtet die Verantwortlichen für Kriegsverbrechen und Besatzungspolitik, aber nicht unterschiedslos die israelische Bevölkerung treffen.

Für unsere politische Praxis heißt das:

- Die Linke führt innerparteiliche Debatten zu Israel und Palästina strukturiert, transparent und geschützt vor Diffamierung. Politischen Kampagnen und Mobilisierungen gegen Genoss*innen treten wir gemeinsam entgegen.
- Die Linke stellt sich gegen jede Form von Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus und gegen die Instrumentalisierung des Nahostkonflikts für innenpolitische Hetze.
- Die Linke setzt sich weiterhin für die Anerkennung des Staates Palästina im Einklang mit sämtlichen UN-Resolutionen, für den Abbau illegaler jüdischer Siedlungen im besetzten Westjordanland sowie für eine integrative Zweistaatenlösung ein, in der das Selbstbestimmungsrecht sowohl von Palästinenser*innen als auch von Jüdinnen und

Juden verwirklicht werden kann. Sie stärkt dafür den Austausch mit progressiven Kräften in Israel und Palästina und macht ihre Stimmen sichtbar. Wir schätzen dabei auch die Bemühungen von progressiven Akteur*innen in Israel und Palästina, das Nationalstaatsmodell auch in Israel und Palästina perspektivisch zu überwinden und dieses in Richtung einer verschränkten Staatlichkeit mit gleichen Rechten und gleicher Selbstbestimmung für alle Menschen in Israel und Palästina weiterzuentwickeln.

- Die Linke verteidigt das Recht auf friedlichen Protest und politische Meinungsfreiheit für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina auch dann, wenn Positionen umstritten sind.

In diesem Sinne beteiligen wir uns als Die Linke an Demonstrationen für den Frieden, gegen Antisemitismus und Rassismus und für das Selbstbestimmungsrecht von Jüdinnen und Juden sowie Palästinenser*innen in Israel und Palästina. Wir organisieren Veranstaltungen zur Aufklärung über die aktuelle Situation in Israel und Palästina sowie ihre ambivalente historische Genese und erarbeiten entsprechende Materialien.

III. Unsere Forderungen

Die deutsche Bundesregierung trägt eine besondere Verantwortung. Diese Verantwortung darf nicht auf eine einseitig verstandene „Staatsräson“ reduziert werden, die Völkerrechtsverletzungen relativiert oder legitimiert. Deutschland ist völkerrechtlich verpflichtet, Waffenlieferungen in Konfliktregionen zu unterlassen und aktiv zur Beendigung von Besatzung, Krieg und Unterdrückung beizutragen.
Die fortgesetzte politische, diplomatische und militärische Unterstützung der israelischen Regierung trotz dokumentierter Kriegsverbrechen stellt einen Bruch mit diesen Verpflichtungen dar. Der Antrittsbesuch des Bundeskanzlers Merz bei Benjamin Netanjahu trotz internationalem Haftbefehl war ein fatales Signal der Normalisierung.
Ein gerechter Frieden setzt die Anerkennung der palästinensischen Selbstbestimmung ebenso voraus wie die Sicherheit jüdischen Lebens. Dies schließt die Anerkennung der historischen Verantwortung für die Nakba und die Notwendigkeit einer Verhandlung über das Rückkehrrecht palästinensischer Geflüchteter ein, wie sie unter anderem in UN-Resolutionen vorgesehen ist.

Wir fordern:

- Den konsequenten Einsatz der Bundesregierung für einen sofortigen, tatsächlichen und nachhaltigen Waffenstillstand an allen Fronten!
- Den Rückzug der israelischen Armee aus allen seit 1967 völkerrechtswidrig besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich der aktuell im Südlibanon und in Syrien eingenommenen Besatzungspunkte.
- Hilfe leisten! Die ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen, den Wiederaufbau der Zivileinrichtungen und Infrastruktur, insbesondere Wohnhäuser, Krankenhäuser, Schulen, Universitäten und religiösen Stätten.
- Die Umwandlung der UN Resolution 2803 in eine die palästinensische Selbstbestimmung nachhaltig unterstützende Resolution, die die Umwandlung des „Board of Peace“ von einem neo-kolonialen Instrument hin zu einer demokratisch legitimierten Körperschaft die palästinensisches Selbstbestimmungsrecht in den Mittelpunkt rückt.
- Die Bundesregierung soll Palästina als eigenen Staat in den Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt anerkennen, um so die Möglichkeiten einer gerechten, das Selbstbestimmungsrecht sowohl von Palästinenser*innen als auch von Jüdinnen und

Juden in Israel und Palästina verwirklichenden politischen Lösung zu stärken und damit einen nachhaltigen Friedensprozess in Israel und Palästina zu befördern.

- Deutschland und die EU müssen auch den Druck auf die noch ausstehenden Staaten der Region erhöhen, den Staat Israel im Rahmen einer friedlichen Lösung in Israel und Palästina anzuerkennen und der Forderung nach einer Vernichtung des Staates entgegenzutreten. Dies gilt besonders für den Iran, dessen Regime nicht nur die eigene Bevölkerung unterdrückt, sondern durch die Unterstützung von Milizen auch die Kriege in der Region befeuert hat.
- Schluss mit Besatzung, Vertreibung und Siedlungsbau! Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat in seinem Rechtsgutachten vom 19. Juli 2024 festgestellt, dass die israelische Besatzung der Westbank, des Gazastreifens und Ostjerusalems gegen das Völkerrecht verstößt und dass Israel verpflichtet ist, die Besatzung „so schnell wie möglich“ zu beenden. Wir unterstützen gewaltfreie Versuche, die Besatzungspolitik Israels zu beenden ausdrücklich. Darin eingeschlossen sind zielgerichtete Boykottaufrufe gegen Produkte aus den besetzten Gebieten und Forderungen nach wirtschaftlichen Sanktionen gegen Akteur*innen, die von der illegalen Besatzungspolitik profitieren. Die Linke wird mit darüber hinaus parlamentarischen Initiativen im Bundestag versuchen, den Forderungen des IGH-Gutachtens Geltung zu verschaffen.
- Israel muss sich entsprechend des Waffenstillstandsabkommens mit dem Libanon aus dem November 2024 aus libanesischem Gebiet zurückziehen.
- Die Hamas muss ihren bewaffneten Kampf, ihr Ziel einer Zerstörung Israels und ihre Diktatur in Gaza aufgeben, um den Weg zu Frieden und demokratischer Selbstregierung der Palästinenser*innen frei zu machen.
- Die materielle und diplomatische Unterstützung jener Organisationen und zivilgesellschaftlichen Kräfte, die in Israel und Palästina gemeinsam für Dialog, Selbstbestimmung und gleiche Rechte eintreten – gerade dort wo das unter Repression und extremen Druck geschieht.
- Die konsequente Unterstützung internationaler Gerichtsbarkeit und die vollständige Aufklärung und Ahndung aller Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte. Die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen und ihrer Organisationen – insbesondere UNWRA – muss gegen politischen Druck und Finanzierungsentzug aktiv verteidigt werden.
- Geflüchtete schützen! Wir fordern, dass Geflüchtete aus Gaza und dem Westjordanland umgehend den Flüchtlingsstatus in Deutschland erhalten und vor Abschiebung geschützt werden. Es braucht die Einrichtung eines Aufnahmeprogramms mit zusätzlichen Plätzen, das den betroffenen Menschen einen gesicherten Status und damit eine sichere Zukunft in Deutschland ermöglicht. Wir fordern die Bundesregierung auf, die aktuelle Praxis des BAMF zu beenden, wonach Anträge nicht behandelt werden, weil die Lage in Gaza zu unübersichtlich sei.
- Palästinensisches Leben in Deutschland schützen und stärken! Wir setzen uns für Dialogprojekte sowie politische und kulturelle Initiativen ein, die der palästinensischen Kultur und Geschichte mehr Sichtbarkeit im deutschen öffentlichen Diskurs verschaffen und verdeutlichen damit, dass palästinensisches Leben auch zu Deutschland gehört!
- Jüdisches Leben in all seiner Vielfalt in Deutschland schützen und stärken! Wir setzen uns für eine Stärkung der Beziehungen zu den vielfältigen jüdischen Verbänden und Akteur*innen in Deutschland ein um ihre Stimmen im öffentlichen Diskurs und im Alltag

zu stärken. Antisemitismus und Hass gegen Jüdinnen und Juden werden wir niemals tolerieren.